

Man kann auch gut regieren.

Magdeburger Erklärung des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands vom 12.01.2002

Deutschland steht am Ende des rot-grünen Experiments.

Die SPD und ihr grüner Koalitionspartner sind mit ihrem Anspruch, das Land erfolgreich in das neue Jahrtausend zu führen, gescheitert.

Die deutsche Wirtschaft steckt in der Rezession.

Das geringste Wirtschaftswachstum und die schlechteste Finanzierungsquote der öffentlichen Haushalte in der Europäischen Union zeigen, dass die Fehler auf nationaler Ebene gemacht wurden.

Vier Millionen Menschen sind ohne Arbeit.

Das ist auch die Folge eines durch Rot-Grün überreglementierten und verkrusteten Arbeitsmarktes. Kein soziales Sicherungssystem, von der Rente bis zur Krankenversicherung, wurde durch wirklich tragfähige Reformen beitragsstabil und zukunftssicher gemacht.

Leistung lohnt sich immer weniger.

Die Steuerreform ist im Ansatz stecken geblieben. Arbeitnehmer und kleine und mittlere Personenunternehmen werden benachteiligt, obwohl sie das eigentliche Fundament unserer Wirtschaftskraft bilden. Die geringen Entlastungen bei den privaten Einkommen werden durch stetig steigende Steuern und Abgaben an anderer Stelle sofort wieder entzogen. Von einer Senkung der Lohnnebenkosten ist nichts zu sehen.

Am Beginn des Wahljahres 2002, nach drei verlorenen Jahren unter Rot-Grün, ist offensichtlich: Deutschland braucht eine neue politische Führung. Eine Regierung, die willens und in der Lage ist, durchdachte und tragfähige Konzepte für die drängenden Zukunftsfragen zu entwickeln und durchzusetzen.

Deshalb hat die CDU ein klares Ziel: Wir wollen in diesem Jahr, gemeinsam mit der CSU, wieder die stärkste politische Kraft im Deutschen Bundestag werden. Und wir haben eine

klare Aufgabe: Mit einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung Politik so zu gestalten, dass die Menschen in Deutschland das Beste aus ihren Chancen machen können.

Für eine andere Politik

Die CDU tritt an für eine Politik, die bereit ist, neue Wege zu gehen. 1998 hatten viele Menschen das Gefühl, dass die Union diese Innovationskraft nicht mehr in ausreichendem Maße besaß. Deshalb hat sich die CDU seitdem intensiv ihrer umfassenden programmatischen Erneuerung gewidmet.

Heute, nach dem Dresdner Parteitag bietet die CDU das modernste und geschlossenste Politikangebot der deutschen Parteienlandschaft. Von der Familienpolitik über Zuwanderung und Bildung bis hin zur Gestaltung der Wirtschafts- und Arbeitswelt – zu allen zentralen Fragen haben wir neue und detaillierte Lösungen entwickelt.

Diese langfristig tragenden Konzepte werden wir der kurzlebigen Nachbesserungspolitik, die das Land unter Rot-Grün erlebt hat, entgegenstellen. Die Reformmaßnahmen der Bundesregierung können weder eine wachsende Wirtschaft noch soziale Sicherheit für alle gewährleisten. Der dramatische Anstieg der Krankenkassenbeiträge ist nur ein Indiz dafür.

Auf der Basis ihrer inhaltlichen Arbeit steht die CDU für eine zupackende und aktive Politik anstatt wie die Bundesregierung mit „ruhiger Hand“ darauf zu hoffen, dass die Leistung anderer Länder Deutschland mitzieht. Als bevölkerungsreichste Nation mit der größten Volkswirtschaft in Europa haben wir nicht nur die Verantwortung, sondern auch den Anspruch, unser Land vorbildlich zu gestalten.

Wir treten an mit einer Politik, die sich klar abgrenzt, ohne auszugrenzen. Unterscheidbarkeit – gerade zwischen den großen Volksparteien – ist die Voraussetzung für politischen Wettbewerb zum Besten unseres Landes.

Wir wollen eine Politik, die im Zweifel wieder auf Freiheit und Initiative setzt, anstatt auf Probleme mit Reglementierung und Umverteilung zu reagieren. Rot-Grün versucht es heute wieder mit Antworten, die bereits in den siebziger Jahren gescheitert sind. Der Glaube an den Staat ist ungebrochen: Steuererhöhungen in der Rezession sind das beste Beispiel.

Für eine Politik der Mitte

Unsere Politik richtet sich an die politische Mitte. Um ihre Zustimmung werben wir.

Politik der Mitte bedeutet, alle Bevölkerungs- und Altersgruppen anzusprechen. Dabei wenden wir uns gezielt auch an die Menschen, die wir 1998 nicht mehr in ausreichendem Maße erreicht haben: Die weiblichen Wähler – auch und gerade alleinerziehende Frauen - von denen viele die Frage stellen, wie Sie Familie und Berufstätigkeit miteinander vereinbaren können. Die Menschen in den neuen Bundesländern, die noch immer in besonderem Maße von wirtschaftlichen Problemen und Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die Arbeitnehmer, die sich fragen, warum sich ihre Leistung immer weniger auszahlt. Die Selbständigen und Existenzgründer, deren Idealismus und Tatkraft von staatlichen Vorschriften immer enger eingezäunt wird.

Wir freuen uns über die große Zustimmung, die die CDU seit 1998 in vielen Wahlen gerade von den jungen Wählern erhalten hat. Darauf setzen wir auch in diesem Jahr, denn junge Menschen haben ein gutes Gespür dafür, wo ihre Zukunftschancen am besten sind.

Genauso wenden wir uns aber auch an die ältere Generation, die wie keine andere von den Versprechungen der SPD vor der Bundestagswahl getäuscht wurde. Lebensleistung verdient Anerkennung – das gilt auch für einen ehrlichen Umgang mit den Sorgen und Erwartungen älterer Menschen.

Mit unserer Politik der Mitte wollen wir der „schweigenden Mehrheit“ in diesem Land wieder eine Stimme geben. Diese Menschen mussten in den letzten Jahren feststellen, dass sie zunehmend an den Rand des politischen Geschehens gedrängt wurden. Leistungsbereite Geringverdiener, deren Einkommen nur noch die Sozialhilfesätze erreichen; mittelständische Unternehmer, die sich immer mehr Bürokratie und unverändert hoher Abgabenlast gegenübersehen; Einwohner der Ballungsgebiete, denen Kriminalität immer offener vor ihrer Haustür begegnet; Familien mit mehreren Kindern, denen schon die Ökosteuern das Kindergeld wieder entzieht.

Für diese Menschen werden wir besonders eintreten. Dabei gilt, dass wir jedem die Chance eröffnen wollen, aus seinen Fähigkeiten und Neigungen das Beste zu machen. Es gibt für jeden eine Aufgabe.

Für eine Politik der Ehrlichkeit

Die CDU steht für eine Politik, die die Menschen ernst nimmt und ihnen ehrlich sagt, was auf sie zukommt. Die gebrochenen Wahlversprechen des Bundeskanzlers haben das Vertrauen

in politische Führung erschüttert. Die Arbeitslosigkeit steigt ebenso wie die Lohnnebenkosten, von den angekündigten Rentensteigerungen sind nur Bruchteile geblieben – nahezu keine Ankündigung wurde eingehalten.

Wir werden den Menschen nichts versprechen, was wir nicht halten können. Das ist der Anspruch, an dem wir uns in diesem Wahljahr messen lassen werden.

Ehrliche Politik bedeutet auch, dass man eigene Fehler eingesteht und daraus entschieden die Konsequenzen zieht. Die CDU hat dies in einem intensiven und schmerzhaften Prozess im Zuge ihrer Finanzaffäre getan und sich organisatorisch und personell neu aufgestellt.

Die gleiche Ehrlichkeit und Transparenz erwarten wir aber auch von unseren politischen Konkurrenten. Deshalb fordern wir die SPD weiterhin auf, endlich Klarheit über die Strukturen und Finanzströme der von ihr gehaltenen Medienbeteiligungen und sonstigen Vermögenswerte zu schaffen.

Für eine Politik klarer Grundsätze

Die CDU versteht sich als die politische Kraft, die technologischen und gesellschaftlichen Wandel gestaltet und gleichzeitig an grundlegenden Werten und Orientierungen festhält. Der 11. September des vergangenen Jahres hat uns allen schonungslos vor Augen geführt, dass das Wertefundament unserer Gesellschaft immer wieder aufs Neue verteidigt werden muss.

Deshalb wenden wir uns entschieden gegen die Politik der SPD, die die PDS einerseits zu Recht für die Verweigerung internationaler Solidarität anklagt, andererseits aber in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Berlin ihre politische Macht mit den SED-Nachfolgern sichert. Grundüberzeugungen sind nicht teilbar. Das sehen auch diejenigen so, die wegen der rot-roten Bündnisse jetzt die SPD verlassen.

Überall dort, wo die SPD auf die „Entzauberung“ der PDS gesetzt hat, sind Verödung, Verarmung und eine weitere Stärkung der PDS eingetreten. Zwei der neuen Bundesländer sind bereits an das Tabellenende in Deutschland gewirtschaftet worden. Der rot-rote Koalitionsvertrag von Berlin zeichnet denselben Weg für die Bundeshauptstadt vor.

Wir setzen in diesem Jahr auf die Menschen, die diese Zustände ändern und auf Bundesebene verhindern wollen. Denn eines ist klar: Wer selbst in der Stadt des Mauerbaus nicht vor dem Bündnis mit der PDS zurückschreckt, hat die PDS als strategische Koalitionsoption im Bund längst eingeplant.

In Sachsen-Anhalt stehen die Signale schon jetzt auf einen politischen Wechsel bei der Landtagswahl im April. Die Bürger spüren, dass es eine CDU-geführte Landesregierung braucht, damit Investoren, Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze zurückkehren. Dafür kämpfen wir in den nächsten Wochen.

Für eine Politik der Verantwortung

Wir werben für eine Politik, bei der Verantwortung wieder mehr als ein Etikett ist. Nach innen wie nach außen gilt, dass den Worten Taten folgen müssen.

Wir begrüßen, dass weite Teile der Regierungskoalition sich zur Bündnistreue gegenüber unseren Partnern in der Welt durchgerungen haben. Jahrzehntlang haben wir gegen erbitterten Widerstand dafür gekämpft. Aber Bündnistreue verlangt die Wiederherstellung voller Bündnisfähigkeit. Wir werden die Bundeswehr in die Lage versetzen, mit hoher Effizienz und größtmöglicher Sicherheit für den einzelnen Soldaten ihren Auftrag zu erfüllen.

Verantwortliche Politik ist vorausschauende Politik. Sie muss heute erkennen, wo morgen der Schuh drückt. Deshalb wollen wir jetzt mit einer umfassenden Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung in unser Land dafür sorgen, dass die Integrationskraft unserer freiheitlichen Gesellschaft, die Aufnahmekraft unseres Arbeitsmarktes und das Leistungsvermögen unserer Sozialsysteme gewährleistet bleiben.

Gleichzeitig wollen wir die Attraktivität unserer Forschungs- und Bildungslandschaft so erhöhen, dass Deutschland zum Anziehungspunkt für Spitzenkräfte aus der ganzen Welt wird. Unser Ziel ist eine weltweite Spitzenstellung in der Wissenschaft, der Garant für die Arbeitsplätze von morgen. In den 80er Jahren sagte man weltweit bewundernd „made in Germany“ – „gemacht in Deutschland“. In der Wissensgesellschaft des neuen Jahrtausends brauchen wir ein neues Markenzeichen: „Erdacht in Deutschland“.

Für eine Politik mit Resultaten

SPD und Grüne haben die Regierungsarbeit schon zum Jahresende 2001 eingestellt. Kein Problem wird mehr gelöst. Umso wichtiger ist es, dass wir uns gut gerüstet haben und unmittelbar nach dem Regierungswechsel in konkrete Reformprojekte einsteigen können.

Wir werden die Verkrustung des Arbeitsmarktes aufbrechen, damit 4 Millionen Menschen nicht länger um ihre Chancen gebracht werden.

Dazu gehören Anreize zur Aufnahme von Tätigkeiten im Niedriglohnbereich, die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, die Abschaffung der bürokratischen Fesseln durch das 630-DM/325-Euro-Gesetz und das Scheinselbständigkeitsgesetz und der Ausbau flexibler Arbeitszeiten.

Zwei Prinzipien werden wir dabei durchsetzen:

Wer arbeitet muss mehr bekommen, als derjenige der nicht arbeitet.

Es gibt keine Leistung, wo eine mögliche Gegenleistung in Zukunft nicht erbracht wird.

Wir werden ein einfaches und gerechtes Steuersystem schaffen, das vor allem die große Zahl der durchschnittlich verdienenden Menschen entlastet und Schluss macht mit der Benachteiligung mittelständischer Unternehmen.

Wir werden Investitionen in Infrastruktur und Zukunftstechnologien zu Lasten konsumtiver Ausgaben stärken.

Wir werden die Familienförderung mit der Einführung eines Familiengeldes auf eine neue Grundlage stellen. Kein Kind soll von Sozialhilfe abhängig sein.

Wir werden die Beitragsstabilität der Sozialsysteme wiederherstellen, indem wir bürokratische Wasserköpfe abbauen und die Risiken ausgliedern, die der Einzelne tragen kann. Durch unsere Steuerreform werden wir Spielräume schaffen, die dem Einzelnen auch dieses erhöhte Maß an Eigenvorsorge ermöglichen.

Wir werden entschlossen gegen Kriminalität einschreiten und ein Klima der Sicherheit wiederherstellen. Das beginnt bereits im Kleinen, mit konsequenten Schritten gegen Vandalismus, Schmierereien und Belästigungen. Aber auch gegen die Organisierte Kriminalität und den internationalen Terrorismus werden wir wirksamer vorgehen, als es die von den Grünen gebremste Bundesregierung vermochte.

Für eine Politik der Partnerschaft

Die CDU steht für eine Politik, in der sich politische Führung und Bürger nicht als Gegner gegenüberstehen, die sich einander Zugeständnisse abtrotzen. Viele Menschen haben sich in den letzten Jahren von der Politik abgewandt, weil sie sich mit ihren Vorstellungen und Wünschen, aber auch mit ihrer Sprache und Sichtweise dort nicht mehr wieder gefunden haben.

Das wollen wir ändern. Wir wollen den Menschen Freiheit und Verantwortung zurückgeben. Mit weniger Bürokratie, einfacheren Strukturen und für den Einzelnen nachvollziehbaren Regelungen.

Wir wollen in die Regierungsverantwortung zurückkehren, nicht als Selbstzweck, sondern damit wir etwas verändern können. Wir wollen zeigen, dass man dieses Land auch gut regieren kann.

Gemeinsam mit den Menschen werden wir mehr aus Deutschland machen.